

tom strohschneider what's left?



**europas linke, der rechtsruck und ein
sozialistischer kompromiss**

Tom Stroschneider
What's left?

Tom Strohschneider ist Chefredakteur der Sozialistischen Tageszeitung »neues deutschland«. Zuvor schrieb er u.a. für »Der Freitag« und »taz – die tageszeitung«, außerdem bestückte er bis Ende 2012 den meistgelesenen linken Blog »Lafontaines Linke«. 2014 veröffentlichte er die Flugschrift »Linke Mehrheit? Über Rot-Rot-Grün, politische Bündnisse und Hegemonie«.

Tom Strohschneider

What's left?

**Europas Linke, der Rechtsruck und
ein sozialistischer Kompromiss**

Eine Flugschrift

in Kooperation mit neues deutschland

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.neues-deutschland.de

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-669-5

Inhalt

Der Ernst der Lage	7
Die Stimmung kippt	12
Wann ist die Welt entgleist?	18
Weimar, Bonn, Berlin – Weimar?	25
Widersprüchliches Krisenbewusstsein	30
Verrohte Mittelschicht	35
Die autoritäre Gefahr	40
Rot-Rot-Grün gegen Rechts?	44
Betonierte Verhältnisse	50
Griechischer Frühling, deutscher Herbst	55
Am Beispiel Griechenlands	61
Zurück in die Zukunft	70
Das klassenlose »Wir« und »die da oben«	75
Politische Form, politische Substanz	81
Neu beginnen	91
Willi und Yanis: ein Blick zurück nach vorn	95
Ein »sozialistischer Kompromiss«	99
Literatur	106

Der Ernst der Lage

*Auf wunderbare Momente folgen Niederlagen und Verrat.
Man muss sich danach immer wieder sammeln,
zusammensetzen und weitermachen.
(Yanis Varoufakis)*

»Die Zukunft ist links!«, prangte im Dezember 2005 auf dem Heft der Prokla, der Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft.¹ Es war die Zeit kurz nach dem Scheitern von Rot-Grün, jener »Linksregierung unterm Neoliberalismus« (Wolfgang Fritz Haug), damals stieg die Linkspartei gerade auf. Ihr Ankommen im Parteiensystem war noch keineswegs sicher, inzwischen gehört sie in den Augen vieler zu den »Etablierten«. Im Prokla-Editorial war damals von einer »geschwächten neoliberalen Hegemonie« die Rede. Man vermaß für die Zeitdiagnose den Abstand zur Wahl von Margaret Thatcher 1979 in Großbritannien und von Ronald Reagan 1980 in den USA und sah auf eine Periode der »offensiv vorgetragenen Utopie eines neuen Kapitalismus, der von übermäßigen Regulierungen eines sich immer weiter ausdehnenden Staates erst noch befreit werden muss, um für die gesamte Gesellschaft seine segensreichen Wirkungen zu entfalten. Waren Privatisierung und Deregulierung, Steuersenkungen, Abbau sozialer Sicherungen und ein ausgeglichener Staatshaushalt als Maximen staatlicher Politik zunächst noch heftig umstritten, verwandelten sie sich in den folgenden Jahrzehnten zu Selbstverständlichkeiten staatlicher Politik.«

Nun aber, so liest sich im Rückblick das Heft, endlich ein Aufbruch, eine Krise der Herrschenden! Dass die Zukunft links sei, war nicht versehentlich mit einem Ausrufungszeichen versehen. Globalisierungskritiker, neue Linkspartei ... man nahm »Kurs auf linke Mehrheit in der Gesellschaft« und dachte über »sozialistische

¹ Im Folgenden verzichte ich auf detaillierte Nachweise von Zitaten. Soweit es sich um Quellen aus Zeitungen, Rundfunk oder Parteiveröffentlichungen handelt, können sie im Netz leicht ermittelt werden, alle anderen sind in der Literaurliste auf S. 106 notiert.

Gouvernementalität nach«. Natürlich wusste man darum, wie groß Not und Notwendigkeit radikaldemokratischer Veränderungen waren.

Sie sind es immer noch. Doch etwas mehr als ein Jahrzehnt später ist über den Stand und die Perspektiven der gesellschaftlichen Linken eher mit Fragezeichen zu reden. 2015 war ein Jahr der Zeitenwende – gestartet in einen griechischen Frühling, der im Sommer zu einem Herbst des deutsch-orchestrierten Austeritätsblocks erstarrte, zu Ende gegangen in einem Winter des europäischen Rechtsrucks aus Nationalismus, Hetze gegen Flüchtlinge und autoritärer EU-Festungspolitik, in dem selbst organisierte Solidarität mit den immer zahlreicher in Europa vor Not, Elend, Krieg und Umweltzerstörung Schutzsuchenden kleine Wärmeinseln der Menschlichkeit bildeten.

Die Voraussetzungen für linke Politik haben sich noch einmal gravierend verändert, auch wenn das, was anzupacken ist, keinesfalls neu erscheint: Man muss nicht Hochschullehrer sein, um zu wissen, dass es ohne Anspruch auf Vollständigkeit mindestens hierum gehen müsste – um einen sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, einen neuen planetaren Ausgleich zwischen Rohstoff- und Ökosystembesitzern auf der einen sowie industriellen Produzenten auf der anderen Seite; um radikale Neuverteilung der bezahlten Erwerbsarbeit und der unbezahlten Reproduktionsarbeit sowie der Einkommen; um eine Entfesselung anderer gesellschaftlicher Innovationsmechanismen als denen der privaten Warenproduktion, um eine durchgreifende Demokratisierung aller Lebensbereiche, um die Überwindung von Mechanismen jedweder Form der Ausgrenzung und Ungleichbehandlung. Und das alles mindestens im europäischen Maßstab.

Vor anderthalb Jahren habe ich in einer Flugschrift die Frage nach einer »Linken Mehrheit« hierzulande ausgelotet. Es ging um die Chancen und Grenzen von Rot-Rot-Grün, um politische Bündnisse und Hegemonie unter den Nachwirkungen des Kriseneinbruchs von 2008. Ganz zu Beginn wurde eine Warnung der Sozialwissenschaftler Jens Beckert und Wolfgang Streeck zitiert, die meinten, »in der nächsten Stufe wird die Krise auf das soziale System übergreifen«. Es war für sie offen, »ob und mit welchen Mit-

teln die Wohlhabenden versuchen werden, ihre Position auch um den Preis einer massiven sozialen und politischen Krise zu verteidigen«.

Heute kann mit Blick auf das Jahr 2015 geantwortet werden: Auf EU-Ebene hat ein von der deutschen Regierung angeführter Block zunächst mit den Mitteln eines finanziellen Staatsstreichs die Politik einer gewählten Regierung unterbunden, damit nicht etwa das Beispiel eines alternativen Ansatzes Schule auch in anderen Ländern macht. Möglich wurde dies über schwach legitimierte, kaum demokratisch zu kontrollierende Institutionen der EU und eine tief in das Handlungsmuster des »gemeinsamen Europas« eingeschriebene ökonomische Asymmetrie, von der ein deutscher Exportnationalismus zulasten fast aller anderen profitiert. Dessen politische Verfechter waren sogar bereit, die gemeinsame Währung für ihre kapitalistischen Vorteile preiszugeben. Autoritär und an formaler Regelbeachtung orientiert, wurden auch die restlichen europäischen Staaten auf Kurs gebracht.

In einer zweiten Phase kehrten die zuvor outgesourcten Kosten des europäischen Kapitalismus auf den Kontinent zurück: Hunderttausende Menschen flohen vor Armut, autoritären Regimes und Bürgerkriegen. Die 2010 im »Arabischen Frühling« aufgekeimten sozialen und demokratischen Hoffnungen kamen unter die mörderischen Räder von globalen Neuordnungskonflikten, von Stellvertreterkriegen und der rückwärtsgewandten, religiös verbrämten Politik von antiaufklärerischen Bewegungen. Europa, eben noch auf deutschen Kurs gegen Athen gebracht, zeigte sich plötzlich nicht mehr bereit, der Kanzlerin Angela Merkel zu folgen. Die unterdessen in Regierungen gekommenen Rechtsregime in Osteuropa und die Angst der Etablierten vor dem noch weiteren Aufstieg rechter Parteien konnten Front machen. Eine auf nationale Abschottung und Privilegiensicherung setzende Politik bekommt allerorten Rückenwind.

Das Jahr 2015 bringt dabei eine längere Entwicklung zum Ausdruck, man könnte sagen: In dieser Zeitenwende, die in Wahrheit ja noch gar nicht vorbei ist, stellen sich nun plötzlich die politischen Fragen, die sich ökonomisch in einer langen Entwicklung seit den 1970er Jahren immer drängender stellten – und nie rich-

tig beantwortet wurden. Es stellen sich für die Linke eine Menge politische Fragen, etwa die nach dem real existierenden Spielraum nationaler Politik, der damit einhergehenden Strategie von Organisation und parlamentarischer bzw. außerparlamentarischer Arbeit. Es geht heute mehr denn je um Europa – nicht verstanden als Behälter für allerlei ideologische und ökonomische Zumutungen, sondern als das soziale und kulturelle Feld, auf dem der Kampf um unsere Zukunft ausgefochten werden muss.

Der Ernst der Lage kann nicht eindringlicher in Erinnerung gerufen werden: Ein nächster Kriseneinbruch wird von Experten vorausgesagt, er könnte drastischer ausfallen, zumal die staatlichen Ressourcen für die Eindämmung der sozialen, ökonomischen und politischen Folgen schon in den Jahren seit 2008 aufgebraucht wurden und das Regime einer europäisch verallgemeinerten »Schuldenbremse« dafür gesorgt hat, dass es eher schlimmer wurde. Der europäische Rechtsruck hat überdies eine andere Eigendynamik als in der Vergangenheit – erstmals scheinen rechte und rechtspopulistische Parteien auf breiter europäischer Front zugleich zu reüssieren, dies verstärkt ihre Rolle und sorgt mehr noch als zuvor dafür, dass die etablierte Politik den Hetzern und Brandstiftern Zugeschlossenheit macht, sie dadurch legitimiert. Das völlige Abkippen Europas nach rechts ist in einer Welt, in der extrem autoritäre Politikmuster als Rezept für die innenpolitische Kompensation der Krisenkosten einerseits und die Absicherung alter oder neuer imperialistischer Optionen andererseits gelten, keine völlige Unwahrscheinlichkeit mehr. Für die gesellschaftliche Linke, die kontinentweit in einem Prozess der Neuorientierung steckt, geht es um nichts Geringeres als ihre Handlungsmöglichkeiten.

Wer im Frühjahr 2016 aus dem Fenster schaut, kann sich keine Schönfärberei leisten. Es sind Fragen aufgeworfen, die man bisher nicht zu beantworten hatte – etwa die danach, ob bestimmte Kapitalfraktionen einem als Bündnispartner für eine einigermaßen humane Zuwanderungspolitik inzwischen näher stehen könnten als Teile der SPD.

Oder die danach, wann Linke sich auf einer Demonstration schützend vor eine Kanzlerin stellen werden müssen, weil die Alternative zu deren etwas zurückhaltenderem Antiasyl-Kurs einer

der neuen Schießbefehl-Freunde wäre. Es geht um Widersprüche auch in einer linken Welt, die Geflüchtete allzu oft als Subjekte ihrer politischen Eigenlogiken betrachtet, statt als gleichrangige Partner in sozialen und politischen Kämpfen. Wir können heute über Chancen einer Kursänderung »in einem Land« über die EU und den Euro nicht mehr so reden wie vor dem Griechischen Frühling – und zugleich liegt die Zukunft auch nicht in einer als besser imaginierten Vergangenheit.

Auf den folgenden Seiten wird ein kleiner Versuch unternommen, das Feld abzulaufen, wie es sich nach dem Zeitenwendejahr 2015 zeigt. Es werden Überlegungen, Beobachtungen und Fragen zusammengetragen, die zum Teil aus der tagesaktuellen Arbeit eines Journalisten stammen und nicht den Anspruch erheben, von irgendetwas eine Lösung zu wissen. Denn manchmal ist es hilfreicher, mit den richtigen Fragen konfrontiert zu werden. Allerdings gibt es auch keinen Anlass, den Kopf in den Sand zu stecken. Man muss die real existierenden Herausforderungen in den Blick nehmen.

Die Stimmung kippt

*Aufgrund von Kriegen und Konflikten sind in West- und Zentraleuropa so viele Menschen auf der Flucht wie seit den 1990er Jahren nicht mehr.
(UNHCR)*

Es ist ein grauer Samstagmorgen im Januar 2016. In Berlin gehen viele Menschen auf die Straße – für eine Agrarwende. Ihr Motto lässt in diesen Tagen an ein ganz anderes Thema denken: »Wir haben es satt«, das ist die immer lauter werdende Parole derer, die sich von Asylrecht und Flüchtlingen überfordert fühlen. Die der organisierten Rechtsradikalen und Rassisten, die schon immer gegen Geflüchtete gehetzt haben, war es ohnedies. Und nun wächst neben ihnen wie ein Resonanzraum die Schar »besorgter Bürger«.

Wöchentlich finden Aufmärsche gegen Flüchtlingsunterkünfte statt. Es bilden sich Bürgerwehren. Die Umsatzzahlen frei verkäuflicher Waffen schnellen in die Höhe. Die Zahl der Anschläge auf Asylbewerber und die Menschen, die mit den Geflüchteten solidarisch sind, ist so hoch wie nie zuvor. Fast täglich werden Büros von Parteien, vor allem der Linken, angegriffen. Im Internet herrscht eine Verrothheit, die vor Todesdrohungen unter vollem Namen nicht zurückschreckt.

Und das alles wegen Menschen, die vor Not, Verfolgung, Krieg in Deutschland Zuflucht suchen? Eines der reichsten Länder der Erde zeigt sich damit überfordert – wissend, dass zum Beispiel 1992 viel mehr Menschen nach Deutschland kamen? Nun haben eine Million Menschen binnen einem Jahr das Mittelmeer überquert, um in Sicherheit leben zu können. Viele, die es versucht haben, starben – die Europäische Union ist zu einer tödlichen Festung geworden. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) bilanziert: »Aufgrund von Kriegen und Konflikten sind in West- und Zentraleuropa so viele Menschen auf der Flucht wie seit den 1990er Jahren nicht mehr, als mehrere Konflikte im ehemaligen Jugoslawien ausbrachen.« Jeder zweite, der nach Europa zu fliehen versucht, kommt aus Syrien.

Doch es ist nicht nur dieser Bürgerkrieg, der eine beispiellose Fluchtbewegung ausgelöst hat. Ein Bericht, den UN-Flüchtlingskommissar António Guterres im Dezember 2015 vorstellt, zeigt, dass auch ohne Berücksichtigung des Syrien-Kriegs Flucht und Vertreibung zunehmen. Weltweit ist die Anzahl an Flüchtlingen Mitte 2015 um über 20 Millionen gestiegen. Die Zahl der Binnenvertriebenen stieg um zwei Millionen auf geschätzte 34 Millionen Menschen. 2015 geht als das Jahr in die Annalen ein, in dem erstmals weltweit mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht waren. Ein Mensch von 122 weltweit ist Flüchtling, Asylsuchender oder innerhalb seines Heimatlandes vertrieben.

In Deutschland reagiert eine »verstörte Nation« (so der Titel des »Spiegel« vom 12. Dezember 2015) mit galoppierender Verunsicherung darauf. Eine Verunsicherung, die ihre Stichwortgeber hat, von der sich nicht nur rechte Parteien politischen Profit versprechen. Immer neue Vorschläge machen die Runde, wie in einer langen Seitwärtsbewegung greift die Politik jedes Mal ein Stück weiter nach rechts aus: Grenzen schließen, Abschiebung von Asylsuchenden ohne Prozess, Obergrenzen für die Aufnahme von Geflüchteten, eine Benzinststeuer zur Finanzierung der Abschottung der EU-Außengrenzen. Ob da die neue Rechtspartei AfD spricht oder die CSU – man merkt nicht mehr viele Unterschiede. Die SPD setzt in Gestalt ihres Vorsitzenden Sigmar Gabriel immer wieder dazu an, die CDU rechts zu überholen. Selbst in der Linkspartei denkt mancher laut über Obergrenzen nach – was auf harsche Kritik stößt. Die Debatte ist laut, emotional. Und sie dreht sich jeden Tag ein Stück weiter.

Silvester 2015 wird dabei im Rückblick zu einem der Kippunkte werden. In Köln greifen junge Männer massenhaft Frauen an, an den sexuellen Übergriffen sind offenbar auch Migranten beteiligt. Erst erklärt die Polizei, die Nacht vor dem Hauptbahnhof der Domstadt sei ruhig verlaufen – dann brechen immer neue Meldungen wie eine Lawine in das Land, in dem die Kanzlerin zur »Willkommenskultur« aufruft. Haben die Medien versagt, die Lokalpolitiker, die Polizei?

Deutschland kommt einerseits schnell in der Routine der politischen Aufarbeitung an: Sondersitzungen, Untersuchungsaus-

schüsse, Rücktritte. In der öffentlichen Debatte stehen auch jene nicht am Rande, die beklagen, in anderen Fällen würde sexueller Gewalt gegen Frauen kaum solche Aufmerksamkeit zuteil. Man erinnert daran, dass viele der Unions-Politiker, die nun demonstrativ und laut nach Konsequenzen aus den Kölner Vorfällen rufen, in den 1990er Jahren noch gegen die Bestrafung der Vergewaltigung in der Ehe gestimmt haben. Es wird versucht, den Fall Köln nicht als Sonderheit dastehen zu lassen.

Teresa Bücken schreibt im »Freitag«: »Etwa 8.000 Vergewaltigungen werden hier pro Jahr angezeigt, etwa 20 pro Tag. Die vom Bundesfamilienministerium herausgegebene Studie Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland hat erfasst, dass 95% der Frauen, denen eine Form der strafrechtlich relevanten Gewalt geschah – Vergewaltigung, versuchte Vergewaltigung, sexuelle Nötigung –, sie nicht zur Anzeige bringen. Und viele derjenigen, die es tun, machen es erst, wenn sie sich sicher fühlen, Monate oder Jahre später. Hochgerechnet kommt man so auf 160.000 Übergriffe jährlich – Belästigung und Vergewaltigungsdrohungen im Internet nicht mit eingerechnet.«

Doch diesmal gibt es ein andererseits, sagen viele: Die Silvesternacht von Köln werde alles verändern. Da raunt der Titel einer Polit-Illustrierten drohend, das Land stehe »Auf der Kippe« – wegen der Flüchtlinge, wegen Köln. »Die Stimmung kippt«, titelt ein paar Tage später eine Wochenzeitung. Das alles klingt bereits nach Abgrund – und nur wenige Tage später ist Deutschland schon einen Schritt weiter. Diesmal wegen einer Umfrage über die Zustimmung zur Politik der Kanzlerin, die belegen soll: »Die Stimmung ist gekippt.« Ist sie das? Man denkt gleich an Methodenkritik und weiß, bei Berücksichtigung der Fehlertoleranz würde aus einer Sieben-Punkte-Veränderung eine Ein-Prozent-Verschiebung. Und überhaupt: Hatte man uns nicht schon im Oktober 2015 erklärt, die »Stimmung kippt« (Welt), hatte da nicht ein Dresdner Professor bereits frohlockt: »Die Stimmung kippt«? Wie oft hat man bereits gelesen, die Stimmung sei gekippt: in der Union, in irgendeiner Stadt, in der Verwaltung? Wie oft kann etwas kippen?

Das Problem an der Stimmung ist: Kein offizieller Katalog schreibt vor, wie die Stimmung zu messen ist und wann oder wie

sie von einem Zustand in einen anderen übergeht. Vor allem: Was soll das bedeuten – die Stimmung kippt? Wohin? Wie nennt sich der Zustand danach? Was unterscheidet die Aggressivität, mit der im Januar 2016 gegen Geflüchtete Front gemacht wird, von der im – sagen wir: Juli 2015?

»Stimmungen können sich verändern, in jede Richtung«, hatte schon vor Monaten der Kolumnist einer Polit-Illustrierten geschrieben – offenbar wollte er das nicht als Warnung verstanden wissen, er verband eine Hoffnung damit. Denn so, wie die einen fürchten, was nach dem Kippen passiert, sehnen andere das Kippen herbei, weil sie die derzeitige Stimmung für falsch halten. »Die Stimmung kippt« – ist also oft genug keine Diagnose, sondern Beitrag zur Veränderung durch Verunsicherung: »Was geschieht jetzt mit mir? Haben die das noch im Griff?« Nur: Hatten sie es denn vorher? Und was ist gemeint?

Als Stimmung bezeichnet man einen länger andauernden »Gefühlszustand, an dem die Gefühlsqualität und die Veranlagung zur Ausgeglichenheit oder Schwankungen dieser Qualität unterschieden werden«. So steht es im Lexikon der Psychologie. Wer sagt, die Stimmung kippe jetzt, erklärt das Ende einer längeren Phase. Natürlich hat Köln die Debatte über die Asylpolitik, das Bild der Flüchtlinge, die Krise der Politik im Umgang mit Menschen auf der Flucht verändert. Wir reden anders darüber, es ist noch emotionaler geworden, noch ernster, noch unerbittlicher. Aber ist die Substanz wirklich neu?

Nein: Die »Stimmung ist gekippt«-Parolen bringen den bereits existierenden Schrecken zum Verschwinden: Täglich laufen neue Zahlen über den Anstieg rechtsradikaler Angriffe auf Flüchtlinge über den Ticker. Es geht um das vergangene Jahr. Die Stimmung ist längst da. Nur: Nun wird sie verstärkt. Die politische Debatte ist ins Rutschen gekommen. Es geht nicht mehr nur um Asylpolitik, Integration von Flüchtlingen. Es geht um das Gesamtbild eines Landes von sich selbst, es geht um Vertrauen in Institutionen, es geht darum, was Menschen sich und anderen zubilligen. »Staatsohnmacht« titelt im Januar der »Spiegel« und fragt: »Können wir uns noch sicher fühlen?« Hat das Blatt das jemals mit Blick auf die prekären Lebenslagen von Hunderttausenden hierzulande gefragt?

Was passiert hier also eigentlich gerade? Horst Kahrs vom Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung meint in einem internen Papier, »die Vervielfachung der Baustellen, wo die Welt wieder auf Gleise gesetzt werden müsste, bildet den Hintergrund für Überforderung, Kontrollverlust, also einer Reihe sozialpsychologischer Phänomene, die affektives Handeln und Unberechenbarkeit fördern, also den Kontrollverlust insgesamt verstärken«. Befunde empirischer Sozialforschung sprechen dafür, 2015 als das Jahr einer »Zeitenwende« zu bezeichnen. Gilt das auch darüber hinaus? Oder verstellt die Unmittelbarkeit der aktuellen Ereignisse, welche zu den Bedingungen zählen, unter denen sich auch Linke einen Reim auf die Welt machen, den Blick aufs größere Ganze? Anders gesagt: Sind nicht auch die Diagnostiker selbst von der Verunsicherung befallen, die sie beschreiben, stets und vor allem im Blick, was gerade um einen herum passiert?

Wer im Jahr 2015 regelmäßig Zeitung gelesen hat, könnte den Überblick über die gerade laufenden Krisen verloren haben: Von der Griechenlandkrise, welche die erste Jahreshälfte auch medial prägte, über die Eurokrise, die zugleich Moment wie auch abhängige Variable der Versuche war, die SYRIZA-geführte Regierung in Athen auf den Kurs einer Austeritätsideologie zu bringen, die selbst wiederum Grund ist für das, was Menschen als soziale Krise erfahren, also etwa Erwerbslosigkeit, Armut, mangelnde Aussichten auf persönliche Besserung, bis zur Ukrainekrise, die stärker Anfang 2015 wahrnehmbar war, aber wohl eher aus Gründen der politischen Opportunität im Jahresverlauf etwas aus den Schlagzeilen verschwand, denn aus Gründen ihrer wirklichen Einhegung.

Hieran schloss sich auch so etwas wie eine Russland-Krise an, womit nicht nur die Wirtschaftskrise in dem Land gemeint war, sondern vor allem eine der internationalen Beziehungen. Hinzu traten Terroranschläge in Frankreich, die das Jahr gewissermaßen »einrahmten« und zu einer politischen Gegenreaktion führten, welche auf die bereits vor 2015 begonnene Syrien-Krise ebenso einwirkten wie auf die ebenfalls schon länger bekannte Nahost-Krise und die Krise einer politischen Entwicklung, die einmal als Arabischer Frühling bekannt war. Die wiederum setzte, beeinflusst von einer Krise der internationalen Hilfsbereitschaft, im Frühjahr

2015 in Gang, was dann bald schon »Flüchtlingskrise« genannt wurde, obwohl es sich in Wahrheit um eine Krise des politischen Umgangs europäischer Staaten und der EU-Institutionen mit den Asylsuchenden handelt. Die Bemühungen, zu einem einigermaßen wirksamen internationalen Abkommen für Maßnahmen zum Klimaschutz zu kommen, riefen Ende 2015 dann noch einmal in Erinnerung, dass wir noch vor ein paar Jahren deutlich mehr über die ökologische Krise diskutiert haben. Und über die des Kapitalismus ohnedies.

Nikolaus von Bomhard, Chef des weltgrößten Rückversicherers Munich Re, hat im Januar 2016 auf diesen »Kumul«, also die Anhäufung von Einzelrisiken, in einem Interview mit der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« mit den Worten reagiert: »Das habe ich so noch nicht erlebt.« Eine Häufung von Unsicherheiten, da sprach der Versicherungsexperte, mache »die Lage einmalig schwierig und besorgniserregend«. Er komme sich »vor wie Cassandra, die ruft und ruft, aber es passiert nichts. Aber die Risiken sind da, sie sind nur im Alltag der Menschen noch nicht offensichtlich.«